

Der Zertil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 24, Memeler Str. 2/3
Verlagsdruck: August 1906, 1076 und 1222. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphenadresse: Zertil-Verlag Berlin

Verzinst sich Ihr Nichts — Verzinst alles!

Anzeigen- und Verbandsgeber sind an Otto Behm & Co., Berlin O 24,
Memeler Straße 2/3 (Postfach 5888), zu richten — Bezugs-
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 Mk. — Bezugs-
preis 4 Mark für die dreispaltige Seite.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Zur Internationalen gewerkschaftlichen Werbeweche!

Die Leistungen der Gewerkschaften.

Die Aufgabe der Gewerkschaften umfasst unendlich viel. Sie bezieht sich nicht nur auf eine Verbesserung des Lohnniveaus der Arbeiterschaft, sondern auch auf die Vermehrung der Freizeit und damit sofort auch auf die Hebung des kulturellen Niveaus der Arbeiterschaft dienende Verwendung der gewonnenen Freizeit. Die Gewerkschaften erstreben materielle Erfolge in dem Bewußtsein, daß jede materielle Verbesserung sich umsetzt in eine Verbesserung der kulturellen Lage und eine Steigerung der ständigen und geistigen Kräfte der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften umfassen also mit ihrem Wollen den ganzen Menschen und sein ganzes Leben, eingeschlossen das Leben seiner Familie und die Zukunft seiner Kinder.

Die Mittel, deren sich die Gewerkschaften bedienen, und die Kräfte, die sie in Bewegung setzen, um diese Aufgabe zu erfüllen, sind zahlreich und verschiedenartig. Sie gehen stets aus von der materiellen Lage des Arbeiters, aber sie dienen alle dem höheren Ziel. Sie wollen helfen in allen Nöten, aber auch dem Wohle des Arbeiters und der Seinen in guten Stunden dienen.

Der Erfolg, von dem solches Bemühen der Gewerkschaften begleitet ist, ist nicht immer meßbar. Nur an der Größe der Aufwendungen, die von den Gewerkschaften zur Erfüllung ihrer einzelnen Aufgaben gemacht werden, läßt sich die Größe dieser Aufgaben, der weite Umfang und die Wirkung der Betätigung der Gewerkschaften ermessen. Angeht es das keineswegs roh-materielle Charakters der Ziele der Gewerkschaften mag dieser Maßstab unvollkommen erscheinen, aber es ist doch für die Beurteilung der Leistungen der Gewerkschaften — auch zur Förderung ihrer jenseits des Materiellen liegenden Absichten — von unendlicher Bedeutung, wenn wir feststellen können, daß die Gewerkschaften allein im Jahre 1925

- 14,1 Millionen für Krankenunterstützung,
 - 13,8 Millionen für Arbeitslosenunterstützung,
 - 1,0 Millionen für Invalidenunterstützung,
 - 1,7 Millionen für Unterstützung bei Sterbefällen,
 - 1,0 Millionen für Unterstützung bei sonstigen Notfällen,
 - 0,5 Millionen für die Unterstützung Gemahregelster,
 - 2,8 Millionen für Bildungszwecke verschiedenster Art,
 - 4,3 Millionen für die Gewerkschaftspresse
- und schließlich
25,9 Millionen Mark für Unterstützungen bei Streiks und Aussperrungen
aufgewendet haben!

Bedarf es noch einer Erläuterung dieser Zahlen?

Ein ungeheures Maß sozialer Not spricht aus ihnen, aber auch ein gewaltiges Aufgebot an Kraft und Mühe, die Not zu lindern, nothleidende Brüder vor dem Versinken in Verzweiflung zu bewahren und ihre Lebenslage auf einer Ebene zu halten, von der aus ihnen ein fernerer Aufstieg in besseren Tagen möglich ist. Und von unermesslicher Energie im aktiven Kampfe um die Erhaltung und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zeugen die nahezu 26 Millionen für Streiks und Aussperrungen, zu denen jedoch noch ein Aufwand von 1,5 Millionen für die Durchführung anderer Lohnbewegungen, die nicht zum offenen Kampfe führten, hinzuzuzählen ist.

Aber noch deutlicher erkennen wir die Bedeutung dieser Zahlen, wenn wir zurückblicken auf den Weg, den die Gewerkschaften gehen mußten, um diese Kraft, die solche Leistungen erlaubt, zu erwerben, wenn wir die Zahlen von 1925 vergleichen mit denen des Jahres 1900. Des 25jährigen Jubiläum der Internationale, das demnächst begangen wird und das wir zum Anlaß nehmen, um in aller Welt zu werben für den gewerkschaftlichen Gedanken und die gewerkschaftliche Organisation, legt diesen Rückblick nahe.

Für das Jahr 1900 wurden folgende Ausgaben verbucht: Krankenunterstützung 650 000 Mk., Arbeitslosenunterstützung 500 000 Mk., Invalidenunterstützung 113 000 Mk., Umzugskosten, Unterstützung in Sterbefällen und sonstigen Notfällen 205 000 Mk., für die Unterstützung Gemahregelster 97 000 Mk. und für Streikunterstützung 2,6 Millionen Mark.

Auch das sind schon ansehnliche Beträge. Aber unendlich weit und voller Dornen war der Weg, den die Gewerkschaften zurücklegen mußten, um zu den Leistungen von 1925 zu kommen, um die Kraft und Geltung zu erlangen, die sich in diesen Leistungen spiegeln. Unendlich ist der Mühen, den die Kämpfer jener Zeit durch ihr unverdroffenes Beginnen für die gestiftet haben, die heute auf dem damals gebauten Fundament stehen. Und unendlich ist der Vorteil, den von jeglichem Wirken der Gewerkschaften — in vergangenen wie in unseren Tagen — alle Angehörigen der Arbeiterklasse haben, auch die, welche nicht zu den Opfern gefeuert haben, die als Beiträge und durch die Teilnahme an den Kämpfen der Organisation gebracht werden mußten, damit die Erfolge erzielt und Jahr für Jahr die angeführten Aufwendungen in steigendem Maße gemacht werden konnten.

Kollegen! Benutzt die Internationale gewerkschaftliche Werbeweche, um das denen einzuprägen, die uns noch fern stehen. Duldet nicht länger, daß sie ernten ohne zu säen! Nehmen ohne zu geben ist unwürdig. Organisiert sein, mit-helfen am Werk, die Vorteile, deren man teilhaftig wird, rechtlich erwerben — ist Ehrenpflicht.

Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik.

Am 21. August 1901, vor nunmehr 25 Jahren, wurde die gewerkschaftliche Internationale gegründet, ein Zeichen für die gewaltige Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder. Damals hatten die freien Gewerkschaften in Deutschland einen Mitgliederstand von nicht ganz 700 000 aufzuweisen bei einer Gesamteinwohnerzahl von etwas über 56 Millionen. Jetzt, 25 Jahre später, ist ihr Mitgliederbestand auf fast 4 1/2 Millionen gestiegen, während die Gesamtbevölkerung nur unbedeutend (62,5 Millionen) zugenommen hat. Hinzu kommen jetzt noch die mit dem DGB. kartellierten Verbände des VZB-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Ihre Mitgliederzahlen stehen hinter denen des DGB. naturgemäß zurück, beweisen aber, daß der Gewerkschaftsgedanke in neue Kreise eingebracht ist, die ihm bisher gleichgültig oder gar feindlich gegenüberstanden. Auch die übrigen Gewerkschaftsrichtungen, namentlich an Bedeutung weit hinter den freien Gewerkschaften zurückstehend, können auf eine erfreuliche Entwicklung zurückblicken.

Dieses gewaltige Wachstum mußte den Kreisen, die bislang sich den maßgebenden Einfluß auf Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsführung gesichert hatten (Landwirtschaft, Industrie, Handel, Banken, Handwerk usw.) zeigen, daß ihnen in dem geschlossenen Block der Arbeiterschaft ein neuer Konkurrent erstand, der sich seiner Macht wohl bewußt war. Als daher der Kaiserstaat mit seinen Polizeistrafen und dem persönlichen Regime zusammengebrochen war, als man nunmehr daran ging, die Fundamente für einen Volksstaat zu errichten, machte auch die Arbeiterschaft erfolgreich ihren Anspruch geltend, die Wirtschaftspolitik maßgebend zu beeinflussen. Nach außen hin trat diese Wandlung eindrucksvoll hervor im neuerrichteten Reichswirtschaftsrat, dessen Vorsitzende nach dem Gesetz in halb-jährigem Wechsel ein Arbeitnehmer- und ein Arbeitgebervertreter sind. Seit dem Tode Regiens ist der Vorsitzende des DGB, Beipart, als Arbeitnehmervertreter Vorsitzender des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Auch in anderen Wirtschaftskörperschaften besitzt die Arbeiterschaft ihre gleichmäßig festgelegten Vertretungen: so in den Beträtern für die deutsche Reichsbahn, die Reichspost, die Wasserstraßenverwaltung, die Kohlen-, Kalk-, Elektrizitätswirtschaft. Im Reichsindus- und im Reichslandwirtschaftsverband stellt die Arbeiterschaft je einen Direktor. Ähnliches gilt für die Länder. In den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen wurde ein Generalkonferenzmitglied aus Gewerkschaftskreisen hinzugezogen und es galt als selbstverständlich, daß auf der Weltwirtschaftskonferenz Deutschland durch ein

Mitglied des DGB, neben einem Regierungsbeamten und einem Mitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie vertreten wurde. Die natürliche Folge war, daß nunmehr auch die Arbeitervertreter zu allen Ministerien freien Zugang hatten, und daß von seiten der Ministerien Wert darauf gelegt wurde, die Ansichten der Gewerkschaften über alle schwebenden Fragen zu erfahren. Das bedeutet eine tiefe und oft nicht genug gewürdigte Wandlung gegenüber der verächtlichen Behandlung, der die Gewerkschaften vor dem Kriege ausgegesetzt waren.

Dank dieser veränderten Stellung konnten die Gewerkschaften in erheblichem Maße zur Erleichterung der Lebensbedingungen der von ihnen vertretenen Volksmassen beitragen. In den langen und jähen Verhandlungen über den Zolltarif verhinderten sie den Minimalzoll auf Getreide, drückten die Zollsätze, erreichten zollfreie Einfuhr für größere Mengen Gefrierfleisch, legten mildernde Zwischenstufen durch und waren die Vorkämpfer für ausgeglichene Handelsverträge mit anderen Staaten. In der Steuerpolitik erreichten sie Herabsetzung der Umsatzsteuer, Erhöhung des steuerfreien Anteils am Lohne und Vergünstigungen für linderreiche Familien. In der Aufwertungsfrage nahmen sie sich der minderbemittelten Volksschichten an. Sie bekämpften den Milchwucher, traten gegen die Kartelle auf, sobald diese ihre Machtstellung mißbräuchlich ausnutzten, und verhalfen beispielsweise den Genossenschaften zu einer unabhängigen Stellung gegenüber dem Kohlenyndikat: sie konnten jetzt zu billigeren Preisen verkaufen als die anderen Kleinhändler, denen das Kohlenyndikat feste Preise vorschreibt. Sie verhinderten die ungerechtfertigte Erhöhung der Raltpreise, sie stützten die Reichsregierung, wenn diese sich durch Eiferfüchtigkeiten der Länder gehemmt sah.

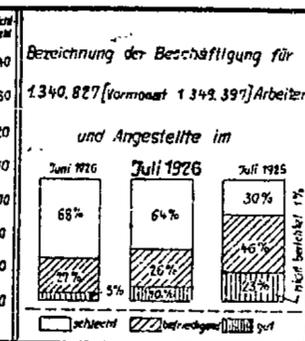
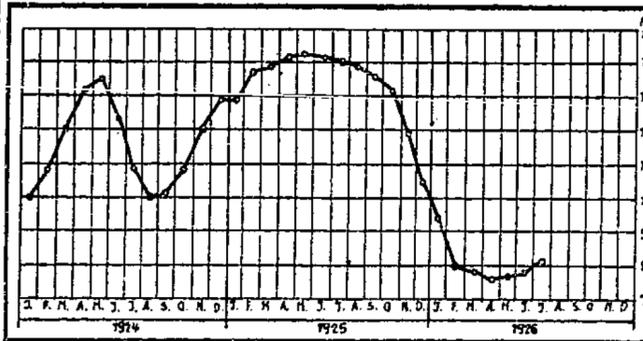
Aber alle diese Erfolge stellen nur einen Anfang dar. Unendlich viel bleibt noch zu tun, stets neue Aufgaben sind zu lösen, neue Schwierigkeiten zu überwinden. Auch entspricht die Stellung und das Ansehen der Gewerkschaften noch lange nicht ihren berechtigten Wünschen und der Zahl derer, für die sie kämpfen. Denn das Gebiet der Gewerkschaften umfaßt die gesamte Kopf- und Handarbeiterschaft, umfaßt somit den überwiegenden Teil der gesamten Bevölkerung. Soll nun die Macht der Gewerkschaften gestärkt werden, so müssen sich auch diejenigen offen zu den Gewerkschaften bekennen, die zwar aus ihnen Nutzen ziehen, im übrigen aber interesselos beiseite stehen. An alle, die noch nicht zu uns gehören, geht deshalb der Ruf: Organisiert euch!

Der deutsche Geldmarkt im Spiegel der Arbeitsmarktlage.

Die große Krise, von der die deutsche Wirtschaft nach der Stabilisierung mit gewissen Wandlungen befallen ist, nahm ihren Ausgangspunkt von der allgemeinen Geld- und Kapitalknappheit. Wie stark sich dieser Mangel an flüssigem Betriebskapital nach der verfehlten Immobilisierung während der Inflation ausdrückte, ist an den phantastisch hohen Zinssätzen erkennbar, die jede rentable Produktion von vornherein ausschlossen. Die Industrie mußte dadurch zum Erliegen kommen, wenn nicht eine Verbilligung der Kredite auf breiter Grundlage eintrat. In der Tat haben sich die Folgen des ungemein übersteigerten Zinsniveaus in der rapiden Zunahme der Erwerbslosigkeit erschreckend deutlich offenbart. Durch die Unrentabilität der an sich noch vorhandenen Eigenkapitalien in Deutschland erklärt sich dann auch die Erscheinung, daß im Mißverhältnis zu der allgemeinen Kreditnot ungewöhnlich große Summen flüssiger Mittel am offenen Geldmarkt angeboten wurden und für die produktive Wirtschaft gemissermaßen als „Schmieröl für die Produktionsmaschine“ fehlten. Man hat diese Erscheinung dadurch zu erklären gesucht, daß man sie als Symptom der allgemeinen Vertrauenskrise bezog, ging damit aber an den wirklichen Gründen jenes Vertrauensschwundes vorbei. Gewiß mehrten sich die Zu-

rungssicht. Richtig ist, und das kann bei Beurteilung der Gesamtlage nicht außer acht gelassen werden, daß die weltwirtschaftlichen Strukturveränderungen infolge der Kriegs- und Nachkriegszeit entscheidenden Einfluß auf die Verschärfung der Wirtschaftskrisis in Deutschland ausgeübt haben, allein diese Tatsache berechtigt keineswegs dazu, die einmal gegebenen Umstände fatalistisch als unänderlich hinzunehmen. Vielmehr konnte es sich für die verantwortlichen Wirtschaftsführer und -politiker nur darum handeln, mit dem verbliebenen Kapitalrest und — soweit dies möglich war — unter Zuhilfenahme ausländischer Kredite den Produktionsapparat in Bewegung zu setzen. Grundgedanke dabei mußte sein, den Güterumlauf mit den geringsten Mitteln, d. h. so billig wie möglich aufs äußerste zu beschleunigen. Nur auf diesem Wege war überhaupt ein gewisser Ausgleich für die mangelnde Konsumkraft der Bevölkerung herzustellen. Wäre in konsequenter Durchführung dieses Gedankens die vorhandene Ware wirklich an den Konsum herangebracht worden, so wäre automatisch die Anregung für die Weiterproduktion erfolgt und ein Ventil für den Abzug brachliegender Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkt geöffnet worden.

Nun ist aber Geld dasjenige Mittel, mit dem allein der Güterumlauf heute bewerkstelligt werden kann und aus dieser Feststellung wird ohne weiteres klar, welche entscheidende Bedeutung der Geld- und Kreditpolitik in der heutigen Wirtschaft zukommt und weiter zukommt. In völliger Verkennung der elementarsten Wirtschaftsnotwendigkeit



ammenbrüche von wirtschaftlichen Unternehmungen und erhöhten das Kreditrisiko der Geldgeber; aber war es, so muß man immer wieder fragen, folgerichtig, das Risiko durch weiteres Hochschrauben der Debitzinsen ausgleichen zu wollen? Die Beantwortung dieser Frage ist ungemein schwer, wenn man sich die katastrophalen Folgen jener Geld- und Kreditpolitik am Arbeitsmarkt vor Augen hält.

Die Konjunkturforschung hält in Uebertragung vorkriegszeitlicher Erfahrungsgrundsätze auf die heutigen Wirtschaftsverhältnisse daran fest, daß in der Geldnot am offenen Geldmarkt nichts anderes zu sehen sei, als ein Brachliegen flüssiger Betriebsmittel als Folgeerscheinung einer vorangegangenen Hochkonjunktur, mit anderen Worten als ein Symptom der Produktionskrise. In Wirklichkeit ist dagegen un schwer zu erkennen, daß für die Ueberfülle des Geldangebotes grundverschiedene Ursachen gegenüber normalen Zeiten ausschlaggebend gewesen sind. Weder bestand in Deutschland nach dem Kriege bisher absolut eine Ueberproduktion, noch ist von einer Konsumtionskrise im wahren Sinne zu sprechen; denn auf der einen Seite bestand nach wie vor die Produktions Einschränkung, während auf der anderen Seite nicht entfernt von einer Ueberfülle des Inlandsmarktes, sondern unbedingt nur vom Gegenteil die Rede sein konnte. Es standen sich also zwei unvereinbare Tatsachen gegenüber, und zwar hier der Mangel an dem erforderlichen Betriebskapital, und dort die ungemein geschwächte Kaufkraft der breiten Bevölke-

haben sich die führenden Geld- und Kreditpolitiker erst unter dem unerbittlichen Zwang der Entwicklung in neuester Zeit dazu entschließen können, auch im Bankwesen den gefunden und allein anwendbaren Grundgedanken „Großer Umkehr bei kleinem Nutzen“ in die Tat umzusetzen. Ob die Kapitalerhöhungen der Banken auf größere Konkurrenz und Durchlöcherung des Zinspartells schließen lassen, muß abgewartet werden. Noch um die Jahreswende betrug der Reichsbankdiskont 9 Proz., auf den sich für den privatwirtschaftlichen Kreditnehmer die sattem bekannten, übermäßig hohen Zinszuschläge und Provisionen der Privatbanken draufschlugen. Es bedarf keiner weiteren Erörterung, daß die deutsche Industrie durch diese hohe Zinsbelastung in ihrem Wettbewerb mit dem kapitalträchtigen und zum Teil auch durch sein natürliches Valutadumping im Vorkriegsstand befindlichen Ausland von vornherein gehandikapt war. In völlig einseitiger und falscher Einstellung hat man dann den Grund in angeblich ungenügender Arbeitszeit und zu hohen Löhnen suchen zu müssen erlaubt. Daß auf diesem Wege eine Besserung der Wirtschaftslage nicht zu finden war, bedarf heute keiner besonderen Bemeislerung mehr, denn die gegebenen Tatsachen sprechen hier für sich. Was bedeutet letzter Endes das gesamte Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung anderes, als eine Korrektur der in die Irre gegangenen Kreditpolitik der vergangenen Jahre. Nachdem die Banken unter Ausnutzung der Kapitalnot unvorhältnismäßig große Gewinne erzielt haben und der Kreditstrom sich fast genau wie in der Inflationszeit einfürgte in die den Banken nahestehenden Konzerne und Gruppen ergießt, sieht sich jetzt die öffentliche Hand vor der Notwendigkeit, an den Kapitalmarkt heranzutreten, um den Geldkreislauf weiter zu verzweigen und auch jene Industrien zu befruchten, die bisher in ihrem Verlangen nach Kredithilfe unberücksichtigt geblieben sind. Wie wenig weitfichtig die Bankpolitik auch

Inhalt: Zur Internationalen gewerkschaftlichen Verbewegung — Der deutsche Geldmarkt im Spiegel der Arbeitsmarktlage. — Krisis, Lohnbruch und Erwerbslosenfürsorge. — Amerika — Europa. — Rückwärtslose Lohnreduzierungen. — Wird durch niedrigen Lohn und lange Arbeitszeit das Wirtschaftsleben gehoben? — Die Kommunisten schlagen sich selbst ins Gesicht! — Graf Potemkin kommt nicht zur Ruhe! — Katastrophale Auswirkungen der Textilkrise in der Fächelindustrie. — Ein Schulbesuch in der Wirtschaftsschule des Deutschen Metallarbeiterverbandes. — Berichte aus Frankreich. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsteil: Der rehabilitierte Heine. — Alkoholfreie Bibel.

heute noch ist, geht daraus hervor, daß außerordentlich große Summen dem spekulativen Wertpapiergeschäft zugeführt werden, — wo der Zusammenbruch jeden Augenblick kommen kann —, ohne daß wirklich eine Stärkung des Kapitalmarktes dadurch herbeigeführt wird. Denn die spekulative Heraushebung der Aktienkurse ist keineswegs gleichbedeutend mit einer Stärkung der Ausnahmefähigkeit des Marktes, und der soeben bekannt gewordene Mißerfolg der Reichspostanleihe, die nur etwa zu 50 Proz. gezeichnet worden ist, legt einen klaren Beweis dafür ab. Mit allem Nachdruck muß auch weiterhin auf eine Revision der gegenwärtigen Zustände am Geld- und Kapitalmarkt gedrungen werden, wobei vor allem mehr Aktivität der Zentralnotenbank im Sinne einer Förderung der produktiven Wirtschaft und damit gleichzeitig eine Entlastung des Arbeitsmarktes zu verlangen ist.

Die Besserung der Arbeitsmarktlage — unser Schaubild macht sie an Hand der Erhebungen des Reichsarbeitsministeriums deutlich — beruht auf der Tätigkeit der öffentlichen Hand des Staates. Einmal äußert sich dieselbe, das gewisse Industrien mit Kapital versorgt werden; des anderen hat man durch Preis- und Folgeexperimente die landwirtschaftliche Kaufkraft, ein Beweis dafür ist der günstige Ausfall der Königsberger Messe, sehr gefördert. Es fragt sich nur, wie lange dieser Besserungsimpuls andauern kann? Ewig kann die Intervention des Staates nicht währen, und soweit die gesteigerte Agrarkaufkraft in Frage kommt, befürchtet man mit Recht, daß infolge der landwirtschaftlichen Verschuldung die der Landwirtschaft zugeflossenen Mittel (Ernteverpfändung) nicht in die Industrie, sondern in die Kassen der Banken zurückgehen. Man hat einen Kapitalkreislauf arrangiert, den die Konsumenten in Form verkaufter Lebensmittel bezahlen. Das ist aber das Gefährliche: eine Prosperität unserer Wirtschaft gibt es nicht ohne Stärkung der Kaufkraft. Kaufkraft ist aber an die Masse und den Massenverbrauch geknüpft. Gegen dieses Geschäft versteht die gegenwärtige Wirtschaftspolitik. Darum sind ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt auch durchaus skeptisch zu betrachten, und man wird bald einsehen lernen, daß man an den Voraussetzungen echter Konjunktur, dem höheren Lohn und dem billigeren Preis, nicht vorbeikommt.

Krisis, Lohnbruch und Erwerbslosenfürsorge.

Die Krisis in der Textilindustrie hat der Arbeiterschaft recht tiefe Wunden geschlagen, die nicht so bald wieder verhaschen werden. Die Dauer der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit war für den einzelnen zu lang und mußten die aus ihr sich ergebenden Unzuträglichkeiten ins Maßlose steigern. Mit wenig Ausnahmen sind die Textilarbeiter fast alle von der Arbeitslosigkeit, zum mindesten aber von der Kurzarbeit betroffen worden, und sie kennen infolgedessen fast alle die Entbehrungen und Leiden, die die Arbeitslosigkeit resp. Kurzarbeit zur Folge hat. Die Erwerbslosenfürsorge ist kein ausreichender Schutz für den teilweise oder gänzlich Erwerbslosen. Der Arbeitslose klagt deshalb mit Recht die Gesellschaft ob dieses traurigen Zustandes an, denn letzten Endes ist doch die Gesellschaft verpflichtet, für ihre einzelnen Mitglieder zu sorgen. Der Erwerbslose hat sich den Anspruch auf ausreichenden Schutz durch seine der Gesellschaft geleisteten Dienste erworben. Das Volk in seiner Gesamtheit ist wirtschaftlich und politisch in einander verflochten. Alle Wirtschaftszweige sind wirtschaftlich und politisch miteinander verbunden. Die Gesellschaft ist deshalb verpflichtet, den in Not geratenen, wie auch demjenigen, der aus Gründen der Wirtschaftskrisis arbeitslos wird, vor Not zu schützen. Die Sozialgesetzgebung erkennt diesen Grundsatz durchaus an. Daran wird auch dadurch nichts geändert, daß die Grenzen der sozialen Fürsorge stark umstritten sind.

Ein großer Teil der Arbeitgeber hehen in der schlimmsten Weise gegen die Erwerbslosenfürsorge. Man braucht nur die „Arbeitgeberzeitung“ nachzulesen und man findet die übertriebensten Anklagen gegen die Erwerbslosenfürsorge, so daß man zu der Ueberzeugung kommen muß, daß die Arbeitgeber im großen und ganzen jegliche Erwerbslosenfürsorge ablehnen.

In gerader unerbittlicher Weise heht auch die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das Blatt der Schwerindustrie gegen die Erwerbslosenfürsorge. In Nr. 180 ist ein Artikel enthalten, der über die Arbeitslosigkeit der Arbeitslosen berichtet. In Gestalt einer Erzählung über eine Wanderung wird auf die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der deutschen Landwirtschaft Bezug genommen. Es heißt dort wörtlich: „Dort, von der Geißel der Arbeitslosigkeit betroffen und in zermürbender Untätigkeit vegetieren die Kinder des Landes, und hier, in diesem entzückenden Paradies vor den Toren der Stadt, landfremde aus dem fernsten Osten, glücklich und zufrieden ihrer Arbeit an der Mutter Erde hingeben.“

An anderer Stelle: „Dort oben in der Erde tummelt sich emsig bei der Arbeit eine Schar von Männern, hoffentlich sind es Deutsche,

die auf diesem herrlichen Fleckchen Erde arbeiten. Wir kommen näher, da fällt uns auf, daß die Arbeitenden alle ganz gleichmäßig geliebt sind. Im Hintergrund wird eine uniformierte Gestalt sichtbar, und wir erkennen, daß sie einen Karabiner um die Schulter hängen hat. Es ist eine Kolonne Zuchthäuser, die wir vor uns sehen. Sie streifen von Gesundheit und sehen gar nicht unzufrieden aus. Zufriedener jedenfalls als die, Stempeler, in dem benachbarten Dorfe, die umgekehrte Welt.“

Dieser dreifache Schmierfisch der „Bergwerkszeitung“ weiß natürlich nicht, daß der Arbeitslose in der Stadt gar nicht in der Lage ist, landwirtschaftliche Arbeit anzunehmen, weil dort die Bezahlung derart ist, daß er für seine Familie wenig oder nichts von dem ausbezahlten Lohn übrig behalten würde. Zum anderen sind es aber die Landwirte selber, die aus bestimmten Gründen landfremde, polnische Arbeiter dem deutschen Arbeiter vorziehen. Die Auswirkungen der beiden genannten Zeitungen spiegeln die Anschauungen in Unternehmerkreisen zu der Erwerbslosenfürsorge wider. Die Unternehmer sehen eben den Zustand der Vorkriegszeit wieder herbei, wo sich das Reich um die Erwerbslosen nicht kümmerte, vergesse aber, daß in der Vorkriegszeit die Dauer der Arbeitslosigkeit meist nur eine kurze war. Die Zeit der Arbeitslosigkeit war niemals von so langer Dauer, wie es bei den Krisenereignissen der Nachkriegszeit der Fall gewesen ist. Die Erwerbslosenfürsorge ist deshalb zu einer Staatsnotwendigkeit geworden. Es ist einfach unmöglich, Millionen von Arbeitslosen dem Hunger und dem Elend zu überlassen. Ohne Erwerbslosenfürsorge würden alle Schranken, die dem einzelnen durch das Gemeinwesen gezogen sind, niedergerissen werden. Die Auswirkungen wären einfach furchtbarer Art. Millionen Hungertoten, dem Elend Preisgegebener würden letzten Endes dazu getrieben, alle gesellschaftlichen Schranken zu sprengen, um jede staatliche Bindung zu vernichten.

Wenn sich die Unternehmer gegen die Erwerbslosenfürsorge besonders wenden, so doch nur aus dem einfachen Grunde, weil ohne Erwerbslosenfürsorge der Lohnbruch viel stärker in Erscheinung treten würde. Es sind also rein egoistische Motive, die das Arbeitgebertum zu Gegnern der Erwerbslosenfürsorge werden läßt. Je größer die industrielle Reservearmee, um so niedriger der Lohn. Dies ist ein wirtschaftliches Gesetz. Im Hinblick auf die industrielle Reservearmee war es den Unternehmern bisher immer ein leichtes, die Löhne außergewöhnlich herabzubringen. Wenn in der Textilindustrie die Löhne außergewöhnlich niedrig sind, so ist die Ursache in dem starken Angebot von Arbeitskräften zu erblicken.

Die Textilindustrie hat ein ungeheures Reservoir von Arbeitskräften, die zu jeder Zeit bereit sind, Arbeit anzunehmen. Es gibt viele Frauen, die die Textilarbeit kennen, die aber aus irgendwelchen Gründen nicht im Betriebe sind, die aber ohne Zweifel bereit sind, Arbeit anzunehmen, wenn sich eine günstige Gelegenheit dafür bietet. In den Textilzentren sind wenige Frauen vorhanden, die die Textilarbeit nicht kennen. Diese Arbeiterinnen treten zwar nicht als Arbeitslose direkt in Erscheinung, aber in den einzelnen Bezirken sind die Unternehmer genau im Bilde, wie groß die Zahl derjenigen ist, die schließlich noch als Arbeiter für sie in Betracht kommen. Diesen Umstand in Verbindung mit der Krisis nützen natürlich die Unternehmer aus, um die Löhne zu reduzieren. Aus allen Bezirken laufen Nachrichten, die von rückwärtslosem Lohnbruch der Unternehmer berichten, ein. Betriebsstilllegungen werden nur deshalb beantragt, um Lohnkürzungen und Entlassungen von Betriebsräten durchzuführen zu können. Die abgeschlossenen Tarifverträge bilden keinen Schutz. Sie werden von den Unternehmern einfach nicht mehr beachtet. Dieses Vorgehen eines Teiles der Unternehmer zeugt von einer außerordentlich niedrigen Gesinnung. An einer anderen Stelle dieses Blattes bringen wir einen Bericht, der Einblick in die Verhältnisse des dortigen Bezirks gibt. Es ist nicht der einzige Fall, sondern Hunderte von anderen Fällen stehen daneben. Im Hinblick auf die ungeheure Arbeitslosigkeit sind leider die Arbeiter oft gezwungen und nehmen stillschweigend die Arbeit zu verschlechterten Bedingungen hin. Es ist aus diesen Gründen notwendig, daß die Erwerbslosenfürsorge besser ausgebaut wird. Es müssen Sicherungen dafür getroffen werden, daß der Erwerbslose der Fürsorge nicht verlustig geht, wenn er die Aufnahme der Arbeit dort verweigert, wo der Unternehmer trotz bestehenden Tarifvertrages niedrigere Löhne als die im Tarifvertrag enthaltenen zahlen will. De Versuch der Unternehmer, der Arbeiterschaft verschlechterte Lohnbedingungen aufzuzwingen, muß dazu führen, daß der Schutz der Arbeitskraft in weit höherem Maße erweitert wird. Gegen die niedrige Bestimmung weiler Arbeitgeberkreise müssen Mittel ergriffen werden, die auch eine erzieherische Wirkung haben, und diese können nur darin liegen, daß man die Erwerbslosenfürsorge erheblich ausbaut.

Amerika — Europa.

Als hauptsächlich Grund für die Prosperität der amerikanischen Wirtschaft führt man immer wieder die Reichturnvermehrung an und für sich an, die sich in den Vereinigten Staaten Nordamerikas während des Krieges und auch nach dem Kriege vollzogen hat. Allerdings wurde das amerikanische Volkvermögen für 1922 auf 320,8 Milliarden geschätzt, während die Schätzung im Jahre 1912 auf 186,30 Milliarden Dollar lautete. (Die hellereichliche Schätzung gab im Jahre 1913 für Deutschland rund 73,80 Milliarden an.) Auf den Kopf der Bevölkerung in Nordamerika entfielen danach im Jahre 1912 rund 1950 Dollar und im Jahre 1922 jedoch 2918 Dollar. Die Entwertung des Dollars (der amerikanische Großhandelsindex, 1913 = 100) geht, steht im Jahre 1922 auf 149) muß dabei natürlich in Rechnung gestellt werden; die Vermehrung des amerikanischen Nationalvermögens in dieser Zeit europäischer Verarmung ist denn gleichwohl so groß, daß trotz der Bevölkerungszunahme der Realwert des Kopfvermögens unverändert erhalten blieb. Dabei ist es aber keineswegs so, daß in den Vereinigten Staaten von dem Weltkrieg etwa nur der Kriegsgewinn in Erscheinung getreten wäre, so riesen-

haft er zweifellos auch war. Das Land hat jedoch für Darlehen an die Alliierten und für eigene Kriegsausgaben — Amerika hat gegenwärtig ohne Verzinsung von seinen Alliierten rund 40 Milliarden Mark zu fordern — auch eine gemolligte Schuldenlast auf sich genommen, die es jetzt in starken Beträgen tilgen muß. Seine Bürger, vor allen Dingen die Bemittelten, haben für die Teilnahme am Krieg während gewaltigen Steuerermehrungen zu zahlen. Die Bundessteuernmenschen stieg, während Einkommen bis zu 2000 Dollar steuerfrei blieben, bis auf 60 Proz. in den höchsten Einkommensstufen, und sie wurden, soweit nicht der Erwerb steuerfreier Anteile eine legitime Erleichterung schuf, nach dem Urteil von Kennern auch tatsächlich bezahlt, wozu die Deffektivität der Einkommensteuer deklaration mithalf. Die Gesamtsumme der Steuern berechnet der National Industrial Conference Board für das drückendste Jahr der Defflationstrife 1921 auf 8363 Millionen Dollar (gegen 2194 Millionen im Jahre 1913), gleich damals 16,7 Proz. des gesamten Einkommens. Auch für das Jahr 1923 lautet diese Berechnung nach auf 7716 Millionen = 11,5 Proz. Wenn sich das deutsche Unternehmertum immer über die gesteigerten Steuerlasten beklagt, so muß dem gegenübergehalten werden, daß im prosperierenden Amerika die Steuerlasten wirklich nicht leicht sind. „Der Unterschied aber ist, daß während Europa noch immer überfüllt um seinen Wiederaufbau ringt, Amerika diese Periode schon überwunden hat.“

Zu diesem Schluß kommt der bekannte Chefredakteur der „Frankfurter Zeitung“ Artur Feiler in seinem im Verlag der Frankfurter Societätsdruckerei G. m. b. H. erschienenen Buch „Amerika — Europa“. Die Tatsache der Prosperität der amerikanischen Wirtschaft erklärt er aber nicht schlechthin aus der Vermögenslage in den Vereinigten Staaten als solche. Diese kann — und das hat die Krisengeschichte des öfteren bewiesen — gegenüber einer Konjunkturzeit gesteigert sein, ohne daß sie an und für sich Grundlage für eine aufsteigende Konjunktur zu bedeuten braucht. Vielmehr ist das Volkseinkommen und vor allem die Verteilung des Volkseinkommens für die Bewegung in der Wirtschaft ausschlaggebend. Nach Feiler wurde das Gesamtpolkseinkommen in den Vereinigten Staaten im Jahre 1913 auf 34,4 Milliarden Dollar berechnet. Das macht 354 Dollar auf den Kopf der Bevölkerung gegen 243 Dollar in England und 146 Dollar in Deutschland im letzten Friedensjahr aus. Für 1918 lauten die Schätzungen für Amerika auf 61 Milliarden Dollar insgesamt und 586 Dollar pro Kopf. Stellt man die gesunkene Kaufkraft des Dollars in Rechnung ein, so reduzieren sich diese Zahlen auf 38,8 Milliarden insgesamt und auf 372 Dollar pro Kopf. Schon für das letzte Kriegsjahr ergibt sich also eine Steigerung gegenüber dem letzten Friedensjahre und diese Steigerung hat sich in den folgenden Jahren weiter in steigendem Maße fortgesetzt. Während der Großhandelsindex in den Jahren 1918 bis 1923 von 194 auf 154 im Jahre 1923 zurückging, wird das Gesamteinkommen für 1923 auf 67 Milliarden Dollar, also schon nominal 10 Proz. höher als im Jahre 1918 berechnet. Die Problematik aller dieser Berechnungen von Volkseinkommen und Volkseinkommen braucht nicht besonders betont zu werden. Die Gesamtheit darf man jedoch auch ihnen nicht ablesen und diese Werte heißt Wirtschaftsaufstieg, Prosperität.

Im Grunde genommen beruht der amerikanische Wirtschaftsaufstieg aber auf dem Einkommen der Lohnarbeitenden Bevölkerung. Daß die Löhne in den Vereinigten Staaten nominal ein Mehrfaches höher sind als in Deutschland, ist bekannt. Nach Feiler betragen sie, im groben Durchschnitt gerechnet, das Vier- bis Fünffache der deutschen Löhne. Bei Ford stellte Feiler (im Sommer 1925) für den ungelerten Arbeiter einen Stundenlohn von 75 Cent fest. Der Ungelernte verdient bei einem achtstündigen Arbeitstag täglich 6 Dollar, der gelernte Arbeiter ungefähr 10 Dollar. In den Stahlwerken von Pittsburgh wurde Feiler als Stundenlohn für den ungelerten Arbeiter 50 Cent, also 4 Dollar pro Tag, angegeben. In anderen Industrien konnte er auch niedrigere und für weitaus Arbeit, für Kinderarbeit vor allem, in der oft eine furchtbare Ausbeutung herrscht, noch niedrigere Löhne feststellen. Umgekehrt ist aber in hochorganisierten, hochqualifizierten Gewerben der Lohn des gelernten Arbeiters gelegentlich noch höher. Speziell im Baugewerbe steigt er in den einzelnen Fächern bis auf 12 Dollar und darüber pro Tag. Für die Vergleichung mit europäischen Löhnen fällt natürlich die verschiedene Kaufkraft des Geldes ins Gewicht. Feiler nimmt an, daß die Kaufkraft des Dollars im Vergleich zur Mark etwa halb so groß ist wie sein Nominalbetrag, also wenig über 2 Mk. Auf Grund seiner persönlichen Eindrücke erkennt ihm diese Schätzung aber noch eher zu ungünstig für Amerika, denn die Nahrungsmittel sind billig, vielfach nur wenig teurer als bei uns, und auch bei den Massenartikeln des täglichen Bedarfs sind die Unterschiede keineswegs so groß. Hoch sind dagegen die Aufwendungen für die Wohnung, die aber für den besseren Arbeiter dafür auch viel geräumiger ist; sehr teuer ist nur alles, was menschliche Arbeitskraft enthält, vor allem jeglicher Luxuskonsum. Auf Grund dieser Beobachtung kommt Feiler zu dem Schluß, daß, wenn man zum Vergleich der Lebenshaltung den Dollar im Verhältnis zur Mark nur mit der Hälfte seines Nominalwertes ansetzt, der Lebensstandard des durchschnittlichen amerikanischen Arbeiters sehr viel höher als der des deutschen, und zwar 2—2½ mal so hoch ist.

Dieser höhere Lebensstandard bedeutet aber gesteigerte Kaufkraft, und so erklärt sich die Prosperität der amerikanischen Wirtschaft tatsächlich durch den größeren Anteil der Bevölkerung am Arbeitsertrag, der sich eben in einem höheren Lohn darstellt. Es ist die Feststellung, die ja auch von der Amerika-Delegation der deutschen Gewerkschaften geworden ist. In dem Feilerischen Buch ist die Feststellung recht interessant, daß sich die amerikanische Lohnentwicklung in den letzten Jahren vollzogen hat, also mit der Prosperitätsperiode zusammenfällt. Der National Industrial Conference

Der rehabilitierte Heine.

Zur Errichtung des Heine-Denkmal in Hamburg.

Aus Hamburg wird uns geschrieben:

Drei Städte sind es im allgemeinen, die von einer gründlichen Literaturkritik für alle Zeit genannt werden müssen, wenn von dem Dichter Heinrich Heine die Rede ist. Zuerst Düsseldorf, in der der Dichter Heine geboren wurde. Dann Hamburg, das den Dichter Heine gebar. Seine tiefste, unglücklichste, schmerzhafteste Liebe zu Amalie Heine, seiner Auserwählten, erlebte er in Hamburg. Ein ganzes Leben lang trankte er an dieser Liebe. Aus ihr wuchsen seine ersten kleinen Lieder. So wurde Hamburg die Wiege seiner Leiden, aber auch die Wiege seiner Kunst. Und dann die dritte Heimat des Dichters: Paris. Viel Kampf, viel Leid, aber auch Freude, trotz der „Kartagenruin“, trotz Hohn, Bann und Ausstoßung aus der Familie immer wieder Inspirationen — Dichterelebnisse — Weibemunden. Die „Reude“ taucht wieder auf, wenn wir an Heine in Paris denken, den kranken, halb wahnsinnigen Dichter die letzten Stunden verkündend, bis die Freunde den Erlösten nach dem Montmart hinausbegleiteten. Da kommt auch heute noch mancher deutscher Träumer zu dem einsamen Grot, und es sieht nicht immer nur Dichtersinge, die dem Reifer Reverenz erweisen, die duftendsten Kelten, die roten Ären werden immer von deutschen Mädchen gebracht. Diese drei Städte, sagte ich, müssen im allgemeinen genannt werden, wenn des Dichters Werdegang skizziert werden soll, eine Stadt aber muß im Augenblick besonders erwähnt werden: Hamburg.

Hamburg hat dem Dichter vor wenigen Tagen ein öffentliches Denkmal gesetzt.

Nur Hamburg ehrt damit den Dichter, ganz Deutschland ist es, das dieses Denkmal schenkt, ganz Deutschland ist es, das damit eine Schuld löst, die lange gewährt hat — Heines geistiger Bruder, der scharfe Kritiker Alfred Kerr, sagt von diesem Denkmal:

„Als Heinrich Heine fünfzig Jahre tot war, begegneten einander zwei Wünsche. Ich erließ damals, 1906, den Aufruf, ihm ein Denkmal zu setzen, und in Hamburg hegte die „Literarische Gesellschaft“ den gleichen guten Wunsch. Wir vereinten uns. Ich habe noch die Listen von damals.“

Es waren durchaus nicht vorwiegend literarische Kreise, nicht vorwiegend kapitalistische Kreise, die damals beizugehen für das Erzdil, vor dem wir heute stehen, sondern es waren viele kleine Leute darunter, aus allen Teilen Deutschlands, ja aus allen fünf Erbteilen. Ich weiß es noch: da war irgendein Keller aus Sachsen, der zwei Mark schickte, neben einem Diplomaten aus Saloniki, neben einem Unbekannten aus dem amerikanischen West Fort Ragne. Deutsche Arbeiter und fremde Arbeiter sammelten für den Mann, der genug hat: „Es wächst auf Erden Brot genug für alle Menschenkinder.“ Ja, Arbeiter und Verkäuferinnen aus den Warenhäusern und Studenten und kleine Wädel. Und dann die übrigen.“ Es sollen sogar auch einige Düsseldorfster unter den Spendern gewesen sein. Richard Dehmel, Max Singer, Liebermann und Gerhart Hauptmann unterstützten den Aufruf, wahrlich nicht die schlechtesten, und dann noch einer, der von niemandem erwartet wird: Otto Bismarck! Er nannte Heine den größten Lyriker nach Goethe.

Es gibt Leute, die das heute nicht mehr wahr haben wollen, doch es liegt schriftlich vor.

Es war einer der grauen Hamburger Regentage, als sich die dreihundert geladenen Gäste im Stadtpark einfanden, um der Enthüllung beizuwohnen. Vikencrons Witwe und der Hamburger Lyriker Herrmann Claudius waren auch darunter. Und die treffendsten Worte fand wieder Alfred Kerr, als der keine Mann, mit einer Stimme die so gar nicht zu seinem Wesen paßt, zu der Buch seiner Worte sagte:

„Ja, er war ein menschlicher Mensch, der, was man ihm auch vorwerfe, nie, nie, nie etwas verraten hat. Sondern der die stärksten

Werte der Menschheit vorwärts gehöhnt, vorwärts gepöpselt hat.“ Lieber zehn Jahre hat das von Professor Lederer geschaffene Denkmal im Magazin der Kunsthalle Staub geschluckt. Nun endlich hielt man die Zeit für reif und rief das Denkmal, das Heine leicht lächelnd, den Kopf sinnend auf die Hand gestützt, auf einem Sockel stehend, darstellt, aus dem Verborgenen hervor. Schade, daß es so spät geschah, erfreulich, daß es überhaupt geschah.

Die Hülle fiel. Mit zitternder, sich überschlagender Stimme schloß Kerr seinen Prolog:

„Heinrich Heine, sei gegrüßt!“ Deutschland hat sein zweites öffentliches Heine-Denkmal. Das erste steht in den Anlagen zu Frankfurt a. Main. Vor Jahren haben nichtsichtige Bubenhände das private, von Helms Verleger, die sich tief in das Denkmal eintraf. An jene Missetäter dachte wohl Hamburgs erster Bürgermeister, als er es dem Hamburger Staat mit den Worten „Wir werden das Denkmal zu schenken wissen“ in Obhut nehmen ließ. Wir werden hoffen, daß er es nie zu schenken braucht.

Die alkoholfreie Bibel.

Wie das „Korrespondenzblatt der Nationalen Vereinigung Schweizerischer Prohibitionsgegner“ mitteilt, ist in Amerika unter der Ägide der Abstimmgen eine „alkoholfreie“ Bibel herausgegeben worden. In dieser eigenartigen Bibel ist das Wort „Wein“ überall durch die Bezeichnung „Traubengetränk“ oder durch „Traubenmost“ ersetzt. Die Hochzeit zu Kanaan ist besonders stark derwässert worden. Nach alledem ist anzunehmen, daß der gute Rat des Apostels Paulus an Timotheus (1. Timotheus, 5, 23) „Trinke nicht mehr Wasser, sondern brauche ein wenig Wein, um deines Magens willen und weil du oft krank bist“ überhaupt keine Aufnahme gefunden hat.

Board hat auch hierüber sehr interessante Untersuchungen angestellt, die sich über 23 Industrien mit insgesamt etwa 16 Proz. der amerikanischen Industriearbeiter erstrecken, und die Fehler in seinem Buch auszugewiesener wiederholt. Danach ist die wöchentliche Arbeitsstundenzahl vom Juli 1924 bis zum Januar 1925 auf 51,5 auf 48,2 durchschnittlich heruntergegangen. Trotzdem ist die durchschnittliche Wochenlohnsumme in der gleichen Zeit von 12,45 auf 26,94 Dollar, also um 115 Proz., gestiegen. Allerdings erhöhte sich in der gleichen Zeit auch der Lebenshaltungskoeffizient von 100 auf 164. Aber auch wenn man dies berücksichtigt, ergibt sich aus dieser Untersuchung eine Steigerung des realen Wochenlohnes um 31 Proz.

Die Ergebnisse der Untersuchung kennzeichnen den höheren Lohn als wirtschaftspolitischen Akt, dem das deutsche Unternehmertum leider noch immer fremd gegenübersteht.

Rücksichtslose Lohnreduzierungen.

Aus Chemnitz wird uns geschrieben: Die allgemeine Wirtschaftskrise in der Textilindustrie wird von dem Unternehmertum in der rücksichtslosesten Weise ausgenutzt. In einer Anzahl von Betrieben wurde versucht und teilweise auch durchgeführt, die Akkordlöhne der Arbeiter und Arbeiterinnen herabzusetzen. In denselben Betrieben, in denen der Betriebsrat bzw. die Arbeiterchaft mit einer Herabsetzung der Akkordlöhne nicht einverstanden war, wurde in den meisten Fällen die Betriebsleitung beim Arbeitsministerium angemeldet, um auf diesem Wege die Herabsetzung der Akkordlöhne zu erreichen. Nachdem die gesetzliche Sperrfrist von 4 Wochen vorüber war, wurde der Betrieb stillgelegt und die Arbeiterchaft entlassen. Den Behörden gegenüber wurde die Stilllegung meistens mit „Mangel an Aufträgen“ begründet. Einige Tage nach der Stilllegung wurde in beschränktem Umfang der Betrieb wieder aufgenommen. Ein Teil der Arbeiterchaft, und zwar derjenige, der dem Unternehmer am willigsten erschien, wurde benachrichtigt, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen könne, allerdings zu bedeutend herabgesetzten Akkordlöhnen.

Ein krasses Beispiel bildet ein Vorgang bei der Firma Kohorn (Baron Kohorn, Teppichfabrik, Chemnitz, Kaufstraße). Auch in diesem Betriebe erfolgte die Stilllegung am 14. Juni angeblich wegen Mangel an Aufträgen. Vorher hatte die Firma einen Abbau der Akkordlöhne um 20 Proz. beabsichtigt. Die Belegschaft war mit dieser Lohnreduzierung nicht einverstanden und erfolgte deshalb die Stilllegung. Bereits nach 8 Tagen wurde der Betrieb wieder geöffnet und ein Teil der Belegschaft, die gewillt war, zu niedrigeren Löhnen zu arbeiten, wurde wieder eingestellt. In welcher unerhörten Weise die Löhne der Arbeiter in diesem Betrieb angesichts der gegenwärtigen teuren Lebenshaltungskosten seitens dieser noblen Firma herabgedrückt wurden, zeigt nachstehende Aufstellung.

Arbeitsauftrag	Alter	Lohn	Neuer Lohn	Veränderung
Lurney-Teppiche 1, 6 Ekor, 90 cm breit	alter	1,75 Mtl.	1,01	-
	neuer	1,01	0,74 Mtl.	-
	weniger	0,74 Mtl.	0,57	-
" " " 6 " 15/4 "	alter	7,89 Mtl.	5,47	-
	neuer	5,47	2,22 Mtl.	-
	weniger	2,22 Mtl.	1,18 Mtl.	-
" " " 6 " 18/4 "	alter	11,89 Mtl.	5,47	-
	neuer	5,47	6,42 Mtl.	-
	weniger	6,42 Mtl.	5,19 Mtl.	-
" " " II. 6 " 15/4 "	alter	5,19 Mtl.	8,45	-
	neuer	8,45	1,74 Mtl.	-
	weniger	1,74 Mtl.	6,87 Mtl.	-
" " " II. 4 " 18/4 "	alter	6,87 Mtl.	4,74	-
	neuer	4,74	2,18 Mtl.	-
	weniger	2,18 Mtl.	40,5 Pf.	-
Saargarn à Meter	alter	40,5 Pf.	28,-	-
	neuer	28,-	12,5 Pf.	-
	weniger	12,5 Pf.		

Für Vorrichtungsarbeiten wurde bisher der Akkordlohn von 72 Pf. bis zu einer Zeitdauer von 24 Stunden gewährt. Ueber 24 Stunden wurde pro Stunde 1 Mtl. gezahlt. Der neue Lohn wurde auf 53 Pf. bzw. auf 65 Pf. von der Firma festgesetzt.

Arbeitsauftrag	Alter	Lohn	Neuer Lohn	Veränderung
für Kartenauflegen à Stück	alter	78 Pf.	18	-
	neuer	18	21 Pf.	-
	weniger	21 Pf.	58 Pf.	-
Bindeleiten anknüpfen, à 100 Faden	alter	58 Pf.	87	-
	neuer	87	21 Pf.	-
	weniger	21 Pf.	82 Pf.	-
Stoffleiten " " " à 100	alter	82 Pf.	47	-
	neuer	47	1,08 Mtl.	-
	weniger	1,08 Mtl.	0,45	-
Spuleneinsetzen, à 100 Spulen	alter	1,08 Mtl.	0,45	-
	neuer	0,45	0,58 Mtl.	-
	weniger	0,58 Mtl.		

Wie es mit der Behauptung der Firma gegenüber den Behörden bei der Stilllegung über Mangel an Aufträgen bestellt ist, zeigt die Tatsache, daß die Firma zwei Webern anbot, in Nachschicht zu arbeiten. Als die beiden Weber dies verweigerten, wurde ihnen 100 Proz. Lohnherabsetzung, also doppelter Lohn, angeboten. Nunmehr wird die Arbeit in der Nachschicht verrichtet.

Hoffentlich zieht die gesamte Arbeiterchaft in der Textilindustrie aus diesem Vorgehen der Unternehmer den einzig richtigen Schluss, ihre wirtschaftliche Organisation zu stärken.

Die Wirtschaftskrise wird und kann nicht ewig dauern. Es wird der Zeitpunkt kommen, wo das Unternehmertum nicht mehr so rigoros mit der Arbeiterchaft umspringen kann als gegenwärtig. Durch die Herabsetzung der Akkordlöhne wird das Interesse an der Akkordarbeit bei der Arbeiterchaft stark herabgemindert, was zweifelsohne ein Vorteil der Arbeiterchaft, nicht aber der Unternehmer ist. Die Textilarbeiter und -arbeiterinnen mögen aus diesem Vorgehen lernen und sich reflexlos zusammenschließen in ihrer Berufsorganisation, dem Deutschen Textilarbeiter-Verband!

Wird durch niedrigen Lohn und langer Arbeitszeit das Wirtschaftsleben gehoben?

Diese Frage müßte sich jeder Arbeitnehmer, welcher gegen Lohn und Brot arbeitet, einmal richtig durchdenken. Als in der Zeit 1925 die Löhne der einzelnen Branchen im Durchschnitt um 10 Proz. erhöht wurden, erklärten schon zur damaligen Zeit die Arbeitgeber, daß diese Lohnherabsetzung nicht tragbar für die deutsche Industrie sei und müßten bei gegebener Zeit wieder abgebaut werden. Im Jahre 1926 kam ihnen zur Durchführung ihrer Bestrebungen die Krise zu Hilfe, sie kündigten in vielen Branchen die Tariflöhne, um Lohnreduzierungen durchzuführen. Durch Schiedsprüch sind aber die Löhne befestigt geblieben. Immer in den Verhandlungen erklärten die Arbeitgeber, sobald sie die hohen Löhne nicht mehr zu bezahlen brauchten, wären sie in der Lage voll zu arbeiten. Es hat auch viele Arbeitnehmer gegeben, die auf diese Aussprüche der Arbeitgeber hineingefallen sind, und sie haben mit den Arbeitgebern niedrige Löhne abgeschlossen. Bald merkte auch diese Arbeiterchaft, daß durch niedrige Löhne nicht die wirtschaftliche Lage der Industrie gehoben wurde denn im Betriebe wurde nicht voll gearbeitet, sondern der Lohn war zwar niedriger, aber keine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage. So schreibt zum Beispiel Prof. Dr. R. J. Bonn im „Magazin der Wirtschaft“ Nr. 11 vom 18. März 1926:

„In einer von der Inflation zerrütteten Volkswirtschaft stellt die Gesamtheit der Arbeitslöhne die Kaufkraft dar. Mindert man diese Kaufkraft durch Drücken der Löhne, so erreicht man zwar Verbilligung der Lohnkosten, man schränkt aber den Absatz so ein, daß die Ausnutzung der Werke nur beschränkt möglich ist und die Kosten wieder verteuert werden.“

Dazu kommt noch, daß hohe Löhne die treibende Kraft aller arbeitssparenden Prozesse sind. Amerika produziert nicht deswegen billig, weil es arbeitssparende Organisationen und Maschinen hat, es hat vielmehr arbeitssparende Einrichtungen, weil die Löhne hoch sind, die Einsparung von Arbeit notwendig und der Absatz ausdehnungsfähig ist. In den letzten vier Jahren sind in Amerika die Preise um 63 Proz., die Löhne dagegen um 107 Proz. gestiegen.

Niedrige Löhne sind aber auch eine Gefährdung auswärtigen Abzuges. Es ist eine Selbsttäuschung schlimmster Art, anzunehmen, daß unsere Konkurrenzländer sich den Absatz von Waren auf die Dauer gefallen lassen, deren Verkaufspreise im Innern höher stehen als im Ausland. Die Antidumpinggesetzgebung der großen Industrieländer ist heute so gefast, daß niedrige Löhne, längere Arbeitszeiten, höhere Preise im Innern wie im Ausland ohne weiteres als Dumping behandelt werden können. Diese Wege der Verbilligung der Produktionskosten sind der deutschen Wirtschaft als Dauerwege verschlossen.“

Aus diesem Schriftsatz ist deutlich zu erkennen, daß nicht niedriger Lohn die Wirtschaft hebt, im Gegenteil durch hohen Lohn kann nur die Wirtschaft gehoben werden. Bekommt der Arbeitnehmer einen auskömmlichen Lohn, wird es ihm möglich sein, seinen Bedarf in Bekleidung und Ernährung so zu decken, wie für einen jeden Menschen würdig ist.

Vergleicht man aber einmal die Reichsteuereinträge, die im Jahre 1925 eingenommen worden sind, erkennt man auch ganz deutlich, daß der deutsche Arbeiter zu über drei Viertel der gesamten Steuern aufbringen muß. Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht eine Uebersicht über die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben im Rechnungsjahr 1925. Das gesamte Aufkommen beträgt danach 6850 Millionen gegenüber einem Vorschlag von 6770 Millionen. Die Erträge der wichtigsten Steuern ergeben sich unter Gegenüberstellung mit den Vorschlägen aus der nachstehenden Uebersicht:

Steuern	Aufkommen	Vorschlag
	(in Millionen Mark)	
Lohnsteuer	1368	1200
Kapitalertragssteuer	82	—
Veranlagte Einkommensteuer	803	970
Körperschaftsteuer	187	180
Vermögenssteuer	270	350
Erbchaftsteuer	27	36
Umsatzsteuer	1416	1430
Beförderungsteuer	318	325
Uebrige Verkehrssteuer	361	369
Zölle	590	500
Zuckersteuer	236	245
Tabaksteuer	616	580
Biersteuer	256	260
Brauwassermonopol	153	150
Uebrige Verbrauchssteuer	111	125

Vergleicht man das tatsächliche Aufkommen im Rechnungsjahr 1925 mit dem Vorschlag im Reichshaushaltsplan, so ergeben sich zum Teil recht erhebliche Abweichungen. Die größten Ueberschüsse hat die Lohnsteuer gebracht, in Höhe von 168 Millionen Mark. Anstatt die Regierung nun diese Steuer aufheben würde, um die Einkommen des Arbeiters höher zu stellen, sucht man Mittel und Wege, um diese Steuern einzuführen, damit das Existenzminimum der Arbeiter noch weiter heruntergedrückt wird.

Also hemmt Lohnabbau die Wiederbelebung der Wirtschaft. Gerade dieses Mittel kann auf dem Inlandsmarkt nicht zu einer Belebung, sondern nur vielmehr zu seiner Ausblutung führen. Handel und Gewerbe empfinden immer mehr den Ausfall der breiten Konsumentenmassen.

Schließlich ist aber auch grundsätzlich anzuerkennen, daß Rentabilität der Wirtschaft und Rentabilität der menschlichen Arbeitskraft in gleicher Weise zu berücksichtigende Werte sind, und daß darum die Wiederherstellung der Rentabilität einer ertragsreichen Wirtschaft nur dann Sinn hat, wenn sie gleichzeitig die menschliche Arbeit ertragsreicher gestaltet.

Also hebt nicht Lohnabbau und verlängerte Arbeitszeit das heutige Wirtschaftsleben, sondern ausreichender Lohn und verkürzte Arbeitszeit.

Die Kommunisten schlagen sich selbst ins Gesicht!

Aus Gera wird uns geschrieben: Seit Jahren mühte jeder Kommunist in den Betrieben einer Zelle, sowie auch einer Fraktion angehören, die sich zur Aufgabe machten, die Zerstörungsarbeit in den Gewerkschaften zu betreiben. Alles, was die Gewerkschaften unternahmen und durchführten, mußte verunglimpft, heruntergerissen und verächtlich gemacht werden. Die Führer der Gewerkschaften wurden auf alle nur erdenkliche Art und Weise verleumdet und mit Schmutz beworfen. Systematisch wurden die Angriffe für die Versammlungen in Zellen- und Fraktionsitzungen vorbereitet und durchgeführt, bis der Höhepunkt der Zerstörung im Frühjahr 1924 erreicht war und die Gewerkschaften dazu übergingen, diese beruchelten Zerstörer, die ihre Parolen von ihren Oberzellenbauern aus Wostau erhielten, aus den gewerkschaftlichen Organisationen zu entfernen.

Die Gewerkschaften wurden darauf als gelbe Unternehmerorganisationen bezeichnet, die Führer Verräter und Kapitalstnechte beschimpft. Eine Flut von Flugblättern und Zeitungen mit dem üblichen Verleumdungsstoff ergoß sich über die Gewerkschaften und den führenden Personen. Jeder Kommunist bekam in der Zellen- und Fraktionsitzung den Auftrag, täglich mindestens einen solchen „Verräter oder Kapitalstnecht“ aufzutreiben. Im Interesse der gesamten Arbeiterchaft mußten die Gewerkschaften dazu übergehen, diese Leute zu entfernen, denn wenn sie diese Maßnahmen nicht ergreifen hätten, dann wären die Gewerkschaften vollständig zerfallen worden. Daß diese Absicht bestand, hat der Vorsitzende des AU-wirtschaftlichen Gewerkschaftsrates Tomski am 19. Juli 1924 auf dem Kongress der Roten Gewerkschafts-Internationalen ganz klar ausgesprochen. Er zeichnete dort, als Ruder des Ganzen, die Linie gegen die Amsterdamer Richtung auf und sagte seine Absichten in folgende Worte zusammen:

„Wenn wir bis jetzt ihre Stellungen (die der Amsterdamer Gewerkschaften) mit wechselndem Artilleriefeuer belegt haben, so ist jetzt der Moment gekommen, wo wir zum Sturmangriff übergehen müssen. Ist Amsterdamer etwa nicht eine Festung? Es ist eine Festung, es ist eine Zitadelle des Reformismus und derjenige hat keine Ahnung von der Taktik des Partekampfes, von den Aufgaben des Klassenkampfes, der dies ablehnt oder unseren revolutionären Gewerkschaften vorschlägt, es abzulehnen, in geschlossenen Kolonnen in die Zitadelle unseres Gegners einzumarschieren... Wir beginnen die Attade auf die reformistische Festung, wir gehen einheitlich und geschlossen vor. Auge um Auge mit den Feinden der letzten Kampf zu kämpfen und werden sehen, wen der Sieg gehören wird.“

Unter der Maske Einheitsfront wurde die Attade eröffnet und diese Maske tragen die Kommunisten heute noch. Der damalige Hauptmarschall Sinowjew legte klar, wie die kommunistischen Zellen und Fraktionen in den Gewerkschaften die Frage Einheitsfront aufzulösen haben. Er sagte:

„Es hat sich herausgestellt, daß manche Genossen es nicht verstanden haben, daß die Taktik der Einheitsfront für die kommunistische Internationale lediglich eine Methode der Agitation und der Mobilisation der Massen für unsere Partei ist.“

Der Sekretär der Roten Gewerkschafts-Internationalen, Losowski, sagte laut „Prawda“ vom 15. Juni auf dem damaligen Kongress:

„Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung ist für uns kein Fetisch. Wir sind für die Einheit, weil sie uns die Möglichkeit gibt, das Aktionsfeld für den Kommunismus zu erweitern. Ich hätte unsere Aufgabe in den Gewerkschaften so formulieren können: „Für einen Zahn — zwei Zähne, für ein Auge — die ganze Schnauze“, so muß man mit den Reformisten kämpfen. Wenn die Kommunisten in den reformistischen Gewerkschaften bleiben, machen sie es zu dem Zwecke, die ganze Organisation auf den Kopf zu stellen, die Reformisten aus ihr zu vertreiben.“

So faßten und faßen heute noch die kommunistischen Befehlshaber die Einheitsfront auf. Der Geist der Zerlegung ist in die Herzen und Gehirne aller Kommunisten eingepflanzt. Nachdem die Gewerkschaften dafür gesorgt haben, daß der Zerlegung in den Gewerkschaften durch festes Zugreifen ein Riegel vorgehoben wurde, trat die Gesundung der Gewerkschaften wieder ein. Heute wenden sich diese verwerflichen Mittel gegen die kommunistische Partei selbst. Sie muß heute gegen die Zellen und Fraktionen innerhalb der kommunistischen Partei denselben Kampf führen, wie ihn bis jetzt die Gewerkschaften geführt haben. Die kommunistische „Dithüringer Arbeiterzeitung“ zieht in ihrer Nr. 167 unter einem Artikel: „Für die Einheit“ der kommunistischen Partei gegen die Fraktionsbildung unter anderem wie folgt los:

„Zum Beschluß des Plenums des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der Sowjetunion über die Liquidierung der Fraktionsmäßigkeit der „neuen Opposition“ könnte man keine zuzammenfassendere, kürzere, einfachere und überzeugendere Begründung anführen, als die folgenden Worte Lenins:

„Es gibt Dinge, mit denen man nicht spaßen darf; es gibt solche Dinge, und die Einheit der Partei gehört auch hierher... Wir dürfen nicht viel Zeit auf das Spiel um die Einheit der Partei vergeuden... Wir wissen, daß wir wegen des Spieles um die Parteieinheit nicht wenig verlieren. Diese Behre dürfen wir nicht vergeßen.“ (Lenin: Rede am 11. Parteikongress 1922.)“

Im Kampf gegen die Fraktionsmäßigkeit innerhalb der Organisationen darf man also nicht spaßen. Von der Auffassung aus gingen vor zwei Jahren auch die Gewerkschaften. Dafür wurden sie damals als „Gelbe Organisationen“ bezeichnet und die Führer Verräter und Kapitalstnechte beschimpft. Heute ist es recht leninistisch, nachdem sich die Zellen- und Fraktionsmäßigkeit gegen die Kommunisten richtet, wenn die A.P.D. so vorgeht wie damals die Gewerkschaften. Es ist dies ein Beweis, wie weitstehend die Gewerkschaftsführer und treuen Funktionäre der Gewerkschaften waren, als sie in den vergangenen Jahren mit aller Kraft und Energie gegen diesen kommunistischen Zerstörungssinn kämpften.

Zum Schluß wird in diesem Artikel der A.P.D. geschrieben:

„Die objektive Logik des Fraktionskampfes besteht nicht nur darin, daß sie selbst die besten Menschen, die sich an die eingekommene falsche Position klammern, unweigerlich in die Lüge bringt, die sich tatsächlich durch nichts von der prinzipiellen Demagogie unterscheidet. (Lenin: Die Parteifriste 1921.)“

Fraktionskampf innerhalb der Organisationen ist prinzipielle Demagogie. Schärfer kann der kommunistische Zerstörungskampf in den Gewerkschaften nicht verurteilt werden. In der Nr. 177 veröffentlicht die sogenannte „Dithüringer Arbeiterzeitung“ aus der „Prawda“ in Wostau in folgenden Zügen die Bildung von Fraktionen:

„Das Plenum stand vor der unerhörten Tatsache, daß eine kleine Gruppe von Genossen, deren Ansichten von der 14. Parteikonferenz verurteilt worden waren, den Weg illegaler fraktioneller Tätigkeit betreten und einen Schritt zur Spaltung gemacht hatte. Das bolschewistische Plenum reagierte auf diese Tatsache so, wie Lenin, der unerbittlich jede fraktionelle Arbeit, woher sie auch komme, bekämpfte, es der Partei gelehrt hat.“

Das Plenum mußte um so mehr mit dieser fraktionellen Arbeit aufräumen, als sie zu illegalen Handlungen gegen die Partei und gegen das leninistische Exekutivkomitee überging. Das Plenum konnte den parteispaltenden Schritt des Genossen Sinowjew nicht unbedacht lassen, der trotz seines fraktionell eingestellten Referats auf dem 14. Parteitag den Posten eines Mitgliedes des Politbureaus inne hatte. Genosse Sinowjew wagte es, eine illegale Gruppe zu führen, leitete den fraktionellen Ansturm dieser Gruppe gegen die Partei, mußte den Apparat des Ekki im fraktionellen Interesse und stellte die fraktionelle Disziplin höher als die Disziplin der bolschewistischen Partei. Im Interesse der Wahrung der Parteieinheit und der Ueberwindung der fraktionellen Bewegung hat das Plenum Genossen Sinowjew vom Posten eines Mitgliedes des Politbureaus abberufen.“

Die Einheit unserer Partei ist unerschütterlich. In unserer Partei sind Meinungsverschiedenheiten möglich und zulässig; jedoch absolut unzulässig sind fraktionelle Tätigkeit und illegale Gruppierungen. Niemand wird in der Lage sein, die Partei zu erschüttern. Die Partei hielt das ruhmvolle Banner der leninistischen Einheit hoch und und hält es noch.“

Somit ist das feste Zugreifen der Gewerkschaften gegen die Zellen- und Fraktionsarbeit voll und ganz berechtigt. Was jetzt für die kommunistische Partei gilt, galt schon seit Jahren für die Gewerkschaften. Also haben die Gewerkschaften weit voraussehend, nach dem jetzigen Standpunkt der Kommunisten, im Geiste Lenins gehandelt, dafür wurden sie aber in den vergangenen Jahren tüchtig beschimpft und heruntergerissen. Damit schlugen sich die Kommunisten selbst ins Gesicht. Eingangs wurde nachgewiesen, wie die Wostauer Päpste Tomski, Sinowjew, Losowski usw. den Zerstörungskampf in die proletarischen Organisationen pflanzten und ins Werk setzten. Die kleinen Geister in den einzelnen Orten mußten die Befehle der Halbgotter ausführen. Die gesamte Arbeiterchaft hat durch die Zerstörungsarbeit dieser Verbrecher kolossalen Schaden erlitten. Ueberall dort in den Ortsgruppen der Gewerkschaften oder in den Betrieben, wo solche Verbrecher am Ruder waren, wirkten die Folgen der Zerstörungsarbeit heute noch für die Arbeiterchaft nach. Die Kapitalisten nutzten diese Gelegenheit aus, um der Arbeiterchaft Position um Position zu entreißen und wenn heute der Kampf in der kommunistischen Partei auf derselben Grundlage lebt, so muß der Arbeiterchaft klar gemacht werden, daß mit solchen verwerflichen Methoden die Organisationen der Arbeiterchaft nicht aufgebaut werden können. Nicht Zellen- und Fraktionskampf unter sich, sondern Solidarität und gegenfeitiges Vertrauen der Arbeiterchaft ist im Kampf gegen die Feinde der Arbeiterchaft oberster Grundlag. Es muß ihr weiter klar gemacht werden, daß sie sich abwenden muß von solchen Organisationen, die das System einführen, wo Clique gegen Clique arbeitet. Das artet aus in einen Kampf aller gegen alle. Die Einheitsfronttaktik nach diesem kommunistischen Muster ist also selbst nach dem Standpunkt der kommunistischen „Dithüringer Arbeiterzeitung“ prinzipielle Demagogie. Jeder Funktionär muß dem kommunistischen Arbeitskollegen dieses verwerfliche Verhalten vorhalten und ihn fragen, ob er zu solch einer Clique gehört. Ein ehrlicher, aufrechter Arbeiter hat in solchen Organisationen keinen Platz.

Graf Potemkin kommt nicht zur Ruhe.

Die Sektion der kommunistischen Internationale von der Wasserfante hat nachstehendes Rundschreiben versandt:

Abdr. W. Wasserfante. Hamburg, den 12. Juni 1926. Abtlg. Gewerkschaft.

In die SPD., Ortsgruppe Neumünster.

Werte Genossen!

Von der Zentrale erhalten wir folgendes Schreiben: Betr. Arbeiterinnen-Delegation nach Sowjetrußland.

Werte Genossen!

In verschiedenen wichtigen Betrieben, in denen vor allem Frauen beschäftigt sind, wird die Forderung nach Entsendung einer Frauen-Delegation nach Sowjetrußland erhoben. Die Forderung wird von dem Komitee der Rußland-Delegation, das, wie Euch bekannt ist, eine zweite allgemeine Delegation vorbereitet, unterstützt.

Auch wir halten die Entsendung einer Delegation von Arbeiterinnen für wichtig und notwendig und bitten Euch, die Arbeit zur Zusammenstellung einer solchen, wie folgt, zu unterstützen:

Ihr müßt die Zellen und Fraktionen in den wichtigsten Betrieben und Gewerkschaften Eures Bezirks, in denen eine große Anzahl Frauen organisiert sind, anweisen, daß sie die Entsendung eines Delegierten nach Sowjetrußland in der Gewerkschaft und im Betriebe auf die Tagesordnung bringen und möglichst die Wahl einer Delegierten durchsetzen.

Gleichzeitig muß die Einleitung einer Sammlung zur Finanzierung der Delegierten beschlossen werden.

Wir würden es begrüßen, wenn es Euch möglich wäre, aus der Leder- und Textilindustrie Arbeiterinnen, die gewerkschaftlich organisiert und Mitglieder der SPD. sind, zu gewinnen für die Delegation. Notwendig ist allerdings, daß die Kosten durch Sammlungen in Betrieben Neumünsters aufgebracht werden. Gebt uns sofort Nachricht, wie weit es Euch möglich ist, im obigen Sinne tätig zu sein.

Wir müssen dann im Laufe der nächsten oder Anfang der übernächsten Woche eine Sitzung der Gewerkschafts-Abteilung festlegen, in der alles weitere besprochen werden kann.

Mit komm. Gruß
Stempel SPD. Wasserfante
Abt. I

Sektion der Komm. Internationale.

Die Kommunisten begnügen sich nicht mehr allein mit der Einsetzung der Männer, sondern jetzt sollen auch die Frauen von den Moskauer Sowjet-Strategen eingeseift werden. Jedenfalls werden unsere Kollegen den kommunistischen Fraktionen die Türe weisen, wenn sie dieselben zu einer Rußlandreise anwerben wollen. Die Gewerkschaften Deutschlands sind sehr wohl bereit, Rußland zu besuchen, dazu bedarf es aber eines, daß die Wahl der Dolmetscher den betreffenden Gewerkschaften selbst überlassen bleiben muß. Gerade dieses lehnen die Russen ab. Sie wollen nur Dolmetscher zu lassen, die ihnen genehm sind. Aus diesem geht ja zweifellos hervor, daß die Russen den deutschen Arbeiterdelegationen kommunistische Dörfer vorzuzaubern wollen. Die Delegationsangehörigen sollen selbstverständlich nach ihrer Rückkehr die deutschen Arbeiter im kommunistischen Sinne beeinflussen. Wir ersuchen deshalb unsere Kollegen und Kolleginnen, jeden Versuch, den die Kommunisten machen, um sie für ein derartiges Theater anzuerkennen, zurückzuweisen, da im anderen Falle seitens der Organisation Maßnahmen ergriffen werden müßten, die uns im Interesse der gesamten Textilarbeiter-Schaft nicht lieb sind.

Katastrophale Auswirkungen der Textilkrise in der Tschechoslowakei.

Die Krise in der Textilindustrie reicht über den ganzen Erdball hinweg. In der Tschechoslowakei hat sie geradezu katastrophale Auswirkungen zur Folge. Der Vorsitzende, Genosse Kofcher, von der „Union“ berichtete auf einer Konferenz der Gewerkschaftsverbände der Textilarbeiter in der Tschechoslowakei, die am 16. August 1926 in Brünn stattfand, daß am 14. August von 15 228 Textilarbeitern 10 570 entlassen wurden und 4500 ausbezahlt wurden. Mehr als 50 Proz. waren als bereits arbeitslos. Die „Union“ verzeichnet im 1. Quartal 1925 2066, im 3. Quartal 1925 3864, im 4. Quartal 1925 2735, im 1. Quartal 1926 5382 und im 2. Quartal 1926 9306 Arbeitslose. Bis zum 15. August d. J. wurde an 29 436 Mitglieder Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt. In der Zeit vom 1. April 1925 bis 30. Juni 1926 hat die „Union“ 3 426 015 Kronen an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt.

Auch dort in der Tschechoslowakei benutzen die Unternehmer die Krise zum Lohnabbau, gehen die Verträge der Unternehmer um Verlängerung der Arbeitszeit. In der Tschechoslowakei besteht noch der Achtstundentag. So wie es in Ostböhmen aussieht, so ist es natürlich auch in den anderen Bezirken. Die erwähnte Konferenz beschäftigte sich damit, daß die Regierung in schnellerer Folge, die von den Gewerkschaften vorausgabten Summen, soweit der Staat für dieselben zu haften hat, an die Gewerkschaften zurückzugeben werden. In der Tschechoslowakei besteht bekanntlich das Genter System, nach welchem die Erwerbslosenunterstützung von den Gewerkschaften gezahlt wird und der Staat einen bestimmten Teil der ausbezahlten Erwerbslosenunterstützung an die Gewerkschaften wieder zurückvergütet. Der Genosse Kofcher wies in seiner Rede noch darauf hin, daß viele Unternehmungen in mißbräuchlicher Ausnutzung des Genter Systems und auf Kosten der Gewerkschaften ihren Betrieb einstellen, um solcher Art ihre Sanierung möglichst billig durchzuführen. Viele Betriebs-einstellungen erfolgen als Protest gegen die Steuern, die hohen sozialen Kosten usw. Unter allen diesen Dingen hat die Arbeiter-Schaft in schwerster Weise zu leiden. — Ganz wie bei uns.

Ein Schulbesuch in der Wirtschaftsschule des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Von R. Richter.

Die Bildung der Betriebsräte und Verbandsfunktionäre hat den Gewerkschaften schon viel Sorge bereitet. Vielgestaltig sind die Bildungseinrichtungen der Gewerkschaften, welche die Sorge behebend sollen.

Der Deutsche Metallarbeiterverband macht nun einen ganz neuen Versuch, seine Betriebsräte und Funktionäre und damit seine gesamten Verbandsmitglieder für wirtschaftliches, arbeitsrechtliches und betriebspolitisches Denken zu schulen. Der Versuch besteht darin, die Schüler in einem Internat drei Wochen lang zu einem konzentrierten Denken und Arbeits-prozess zusammenzuführen. Die Art der Schülerauswahl scheint uns sehr geschickt und für den Lehrprozeß sehr vorteilhaft zu sein. Bei der Zusammenstellung des Lehrganges wird immer darauf Rück-sicht genommen, daß der Schulkörper immer aus einer bestimmten Industriesgruppe zusammengelegt wird. Diese Art der Zusammen-legung und der methodische Umgang der Schüler bedeutet für die Lehrer eine lokale Zersprengung. Zugleich schließt aber diese Be-schäftigung der Schüler eine solche Menge von psychologischen Studien auf, daß man auf diese Resultate einmal gespannt sein kann. Jeden Monat eine neue Gruppe von Menschen. Einmal hat es die Heizungsmonteur, dann die Arbeiter aus der elektrischen Industrie. Gegenwärtig besuchen die Funktionäre aus den Lokomotivwerkstätten und Waggonfabriken die Wirtschaftsschule. Sind die Funktionäre eines Betriebsbetriebs dran, dann sind die Studien nach zweifacher. Doch darüber später einmal.

Einen besonderen Vorteil dieser Schulung erblicken wir darin, daß der von der Schule entlassene Funktionär durch Fernunterricht

welter beobachtet und mit dem Bildungsziel und den Lehren im Kontakt bleibt. Selbst wenn dabei 50 Prozent der ehemaligen Führer durch Verdrängung verschiedener unglücklicher Umstände die Möglichkeit oder durch eigene Unlust an der weiteren Mitarbeit verlieren, muß sich daraus für den Verband ein Vorteil ergeben. Hinzu kommt, daß aus den Schülern der dreiwöchigen Lehrgänge und aus den Resultaten des Fernunterrichts die besten Schüler herausgenommen und zu einem fünfmonatigen Kursus auf die Wirtschaftsschule berufen werden. Hier dienen diese Schüler zugleich als Hilfslehrer für die oben besprochenen Lehrgänge und haben an den schriftlichen Arbeiten des Fernunterrichts prüfende Tätigkeit zu entwickeln. Der Deutsche Metallarbeiterverband scheint ein guter Kaufmann zu sein, der seine Arbeit nicht an Augenblickserfolgen, sondern an den Zukunftsmöglichkeiten erntet.

Das Leben im Bildungsheim ist nun nicht jedermanns Sache. Schüler dieses kann es aber nur zur Nachahmung empfehlen. Der Schüler wird von vornherein darauf aufmerksam gemacht, daß er sich während der drei Wochen allen Alkohols zu enthalten hat. Die Reinigungsarbeiten für das Heim und die Bedienungsarbeiten für die Mahlzeiten werden von den Schülern übernommen. Jeden Morgen wird nach dem Kaffeetrinken eine Stunde gemeinsam gespielt oder andere Körperkultur gepflegt. Dann geht es in den Unterricht. In der Pause wird das Frühstück wieder gemeinsam eingenommen und dann bis zum Mittagstisch weitergearbeitet. Vor dem gemeinschaftlichen Mittagessen, an dem sich auch die Lehrer und Angestellten des Heimes beteiligen, wird ein gutes Bestück zum Vortrag gebracht. Dann gibt man sich gegenfeitig die Hand und wünscht dem Ganzen eine gute Mahlzeit. Am Nachmittag finden nochmals drei Stunden Schule statt. Abends werden gemeinschaftliche Unterhaltungskunden arrangiert oder einem Gastfänger oder Gastlehrer zugehört. Zuweilen dienen diese Unterhaltungen auch als Ersatz für den Unterricht. So, wenn die Schüler mit den Lehrern eine Gerichtsverhandlung veranstalten. Diese Verhandlungen haben den Zweck, die Fähigkeiten zum Be- und Beurteilen, sowie zum Aufsehen von Urteilen zu entwickeln. Wer die verblüffenden Resultate solcher Exerzitien kennt, weiß, wie bildungsbedürftig die Entwicklung unseres Rechtsempfindens noch ist.

Die Schüler haben abends um 10 Uhr im Heim zu sein und sind auch an eine bestimmte Schlafzeit gebunden. Die ganze Organisations-organisation wird von keinem der Schüler als lästige Fessel empfunden, da er seine individuellen Wünsche im Geiste der Gemeinschaft gebunden sieht und von der Notwendigkeit dieser Voraussetzungen geistiger Konzentration überzeugt ist. Diesem Wohn- und Ordnungssystem ist der Lehrplan angepaßt. Der Schüler hat es nicht nötig, alle Stunden seinen Denktapparat umzustellen. Er braucht nicht, wie der Schüler der Akademie der Arbeit, von 8 bis 9 Uhr Betriebswirtschaftslehre, von 9 bis 10 Fundamente des Rechts, 10 bis 11 Psychologie des Industriearbeiters, 11 bis 12 Schlichtungs-wesen, 3 bis 4 Sozialversicherung, 4 bis 5 Wirtschaftsgeschichte und 5 bis 7 Uhr Arbeitsrecht zu hören. Diese vielseitige Belastung des Geistes ist auf der Wirtschaftsschule ausgeschaltet, weil diese Schule ihre Lehrtätigkeit auf die drei Hauptgebiete Arbeitsrecht, Wirtschafts- und Betriebslehre beschränkt.

An einem Vormittag werden nun nicht alle drei Gebiete bearbeitet, sondern nur eins. Die Schüler sind bei dieser Arbeit nicht nur zum Anhören, sondern auch zum Mitarbeiten da. Es kommt nicht darauf an, ein bestimmtes Stoffquantum zum Vortrag zu bringen, sondern es wird vielmehr Wert darauf gelegt, daß die behandelte „Aniffsologie“, so nannten sie den arbeitsrechtlichen Unter-richt, von allen begriffen wird. Dabei ist der Vorteil, den eine Zusammenführung der Schüler nach Berufsgruppen bei solchen kurzen Lehrgängen bietet, ganz augenfällig.

Glafbrunner sagt irgendwo: „Wer zum Kern will, muß die Röhren kneten.“ Sind es auch wenige Kerne, die in einer so kurzen Zeit gefunden werden können, so steht doch noch fest, daß der Baum der Wirtschaftsschule die Reife der Nüsse beschleunigt und die Sucher und Finder nach Kernen verbreitern wird. Und wenn jemand im bösen Sinne die Wirtschaftsschule des Deutschen Metallarbeiterverbandes als „Nusthader“ bezeichnen will, dann lasse er sich gesagt sein, daß dieser pauschliche Kerl recht gesunde Zähne hat, die dem Gegner noch schwere Wunden schlagen werden.

Berichte aus Fachkreisen.

Röln. (Standalose Zustände bei der Firma Martin-Röln-Hohlweide.) Die oben genannte Firma stellte im Februar d. J. einen Antrag auf Stilllegung des Betriebes. Am 16. März sollte der Betrieb stillgelegt werden. Bei der Verhandlung darüber erklärte dann die Firma, daß sie noch nicht bestimmt wisse, ob an dem betreffenden Tag stillgelegt werde. Sie wolle aber vorsorglich den Antrag stellen. Es wurde dann vereinbart, daß nach evtl. Wiederaufnahme der Arbeit die entlassenen Leute restlos wieder eingestellt werden, und zwar zu ihren alten Rechten. Der erste Termin verstrich, der Betrieb lief weiter. Zu Ostern ließ sich die Firma von ihren Arbeitern einen Revers unterschreiben, welcher besagte, daß die Arbeiter sich Kenntnis von der Stilllegung des Betriebes nähme, aus den ihr bekannten Gründen. Die bekannten Gründe waren, daß der Betrieb wegen Auftragsmangels stillgelegt werden sollte. Die Firma ließ aber über die Ostertage und die folgenden Wochen hinaus den Betrieb stilllegen, um angeblich Reparaturen ausführen zu können. Nunmehr stellte sie einen erneuten Antrag auf Stilllegung des Betriebes zum 19. Mai 1926. Auch in der für daran schließenden Verhandlung wurde im Beisein der Gewerkschaften und der dabei beteiligten Gewerkschaften von einem Herrn Junkersdorf, Bevollmächtigter der Firma, zugesagt, daß alle Arbeiter bei Wiedereröffnung des Betriebes wieder eingestellt würden. Als am 17. Juli der Betrieb wieder geöffnet wurde, wurde ein Teil der Gewerkschaftsmitglieder und so „ganz zufällig“ der gesamte Betriebsrat nicht mehr eingestellt. Trotzdem stellte aber die Firma etwa 17 betriebsfremde Leute ein. Bei der angestrengten Klage beim Gewerbeamt befruchtete Junkersdorf die oben erwähnte Abmachung und war bereit, den Eid dafür abzu-legen, obwohl eine amtliche Erklärung der Gewerbeinspektion über die betreffende Vereinbarung vorlag und mindestens fünf Zeugen gegen ihn standen. In einer nochmaligen Verhandlung fand sich dann trotzdem die Firma bereit, einen Vergleich dahingehend zu schließen, daß alle Kläger eingestellt und ihnen der Lohn für die Zwischenzeit gezahlt würde. Die Kläger wurden nun wieder als Betriebsratsmitglieder vorgeschlagen, bzw. als Wahlvorstand bestimmt. Ein neuer Antrag der Firma liegt für den 2. August vor, nachdem ein am 17. Juli durch den Arbeitgeberverband gestellter Antrag auf Stilllegung von der Regierung abgelehnt wurde. Am 5. August fanden hierzu Verhandlungen mit der Firma und der Gewerbeinspektion statt. Der Vertreter der Firma konnte diesmal auf keine Abmachungen eingehen. Kurz nachdem die Gewerbeinspektion die Fabrik verlassen hatte, wurde der Vorsitzende des Wahlvorstandes und ein Betriebsratskandidat, und am anderen Tage alle Kandidaten zum Betriebsrat entlassen. Der Textilarbeiterverband hat selbstver-ständlich Klage erhoben.

Dies ist ein Musterbeispiel dafür, was die Arbeitgeber mit den Betriebsstilllegungen zu erreichen versuchen.

Die Arbeiter-Schaft der Firma Gebr. Martin sollte sich aber auch mehr als bisher um ihre Gewerkschaft, den Deutschen Textilarbeiter-Verband kümmern und sich demselben als Mitglieder anschließen. Nur dann, wenn die Arbeiter-Schaft geschlossen der Organisation ange-hört, können derartige Maßnahmen der Unternehmer mit Erfolg unterbunden werden.

Lauban. (Ein Veteran der Arbeiterbewegung.) Am 26. August vollendete der Rangelgelle Hermann Schindler sein 80. Lebensjahr in verhältnismäßig guter geistiger Frische. Er gehört mit zu denen, die bei Gründung der Arbeiterverbände seinen Mann mit gestanden hat. Obwohl schon 50 Jahre alt, gründete er in der Mitte der neunziger Jahre in Lauban die erste Filiale des Deutschen Textil-

arbeiterverbandes, die infolge allerlei Schikanen durch die Behörden und Unternehmer wieder einging. Am 3. November 1908 wurde der zweite Versuch gemacht, wieder eine Filiale ins Leben zu rufen. Her-mann Schindler war wieder dabei. Er hat trotz aller Widerwärtig-keiten mit dafür gesorgt, daß der zweite Versuch nicht mehr zu-schanden gemacht werden konnte, und so war es ihm vergönnt, mit-erleben zu dürfen, daß sich aus den damals ein Dutzend Getreuen im engeren Bezirk die stärkste Organisation herausgebildet hat. Wenn ihr heute groß und stark geworden sind, hat Hermann Schindler sein gerüttelt Maß von Arbeit mit dazu beigetragen. Vor zwei Jahren noch übte er das Amt eines der gewissenhaftesten Unter-fassierer aus. Die ihm aber immer mehr anhaftende Schwerhörig-keit verjagte ihm die Fortführung dieser Tätigkeit, von der er sich nur schwer trennen konnte. Er ruht nun von seiner jahrelangen Tätigkeit aus und wünscht wir ihm von Herzen, daß wir ihn im Jahre 1928 unter den Verbandsjubilaren in gleicher körperlicher und geistiger Frische unter uns begrüßen können. Er habe den Wahlpruch unserer Organisation: „Bereiniget seid ihr nichts — Bereinigt alles“ richtig erfährt. — Mögen sich die jungen Kollegen und Kolleginnen diesen alten treuen Kämpen alle zum Vorbild nehmen.

Weida i. Th. (Versammlungsbericht.) Am Freitag, den 13. August, hielt der Deutsche Textilarbeiter-Verband, Filiale Weida, im Gewerkschaftshaus eine Mitglieder-Versammlung ab. Dieselbe hätte in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung besser besucht sein können. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die verstorbenen Mit-glieder Frieda Ault und Hedwig Seidemann von der Versammlung durch Erheben von den Plätzen geehrt. Nach Verlesung verschiedener Protokolle durch den Schriftführer, gab der Kollege A. Leopold den Kassensbericht vom II. Quartal 1926. Der mitanwesende Gauleiter Alban Bretschneider griff mit in die Debatte ein und machte Vor-schläge, wie der Mitgliederstand in der Filiale wieder gehoben werden könne. Kollege Martin Wolfrum gab hierauf den Bericht der Kassieren und beantragte, da bei der stattgefundenen Revision alles in bester Ordnung vorgefunden wurde, dem Kassierer Entlastung zu erteilen. Das geschah einstimmig von der Versammlung. Zu Punkt III der Tagesordnung (Tarifangelegenheiten) gab der Geschäfts-führer Kollege Leopold den Bericht über die Verhandlung am 11. August 1926 in Weimar. Betrifft Mantelarbeitervortrag für die beiden Jubelbetriebe Triebes und Weida speziell Ferienfrage. Die Verhandlungen dauerten von früh 9 bis nachmittags 2 Uhr. Die Unternehmer wollten für das Jahr 1926 überhaupt keine Ferien ge-währen. Das Resultat der fünfzehnten Verhandlungen war folgendes: Für 1926 bekommt jeder Arbeiter und jede Arbeiterin 4 Tage Ferien, über den Urlaub für 1927 soll spätestens bis zum 1. März 1927 noch-mals verhandelt werden. Bei Betriebsstörungen irgenwelcher Art ist der Lohn bis zu 6 Stunden wöchentlich zu zahlen. Die Zahlungs-pflicht besteht nicht, wenn die Betriebsleistung die in Betracht kommenden Arbeiter von ihrer Pflicht zur Anwesenheit im Betrieb entbindet. Die versäumte Arbeitszeit kann mit Zustimmung der ge-fährlichen Betriebsvertretung nachgearbeitet werden. Sonst wird nur die Zeit bezahlt, während welcher wirklich gearbeitet worden ist. Abweichend von dieser Bestimmung wird versäumte Arbeitszeit in folgenden Fällen bezahlt: Bei Betriebsumfällen bis zu 8 Arbeits-tagen, beim Tode des in häuslicher Gemeinschaft lebenden Ehe-gatten bis zu 8 Stunden; beim Tode von Kindern unter 17 Jahren, sofern sie in häuslicher Gemeinschaft lebten, bis zu vier Arbeits-tagen. Die Unternehmer behaupteten, die Arbeiter-Schaft in Triebes und Weida hätte sich schon damit abgefunden, daß es für das Jahr 1926 keine Ferien mehr gebe. An der Weilschaft der Weibauer Zute-spinnerei und -weberei liegt es nun, in welcher Höhe für 1927 Ferien gewährt werden. Schließt sich alles bis zum 1. März 1927 dem Deutschen Textilarbeiterverband wieder an, dann wird es auch ge-lingen, die Ferien für nächstes Jahr in alter Höhe, drei bis sieben Tage, wieder festzulegen. Darum Kollegen und Kolleginnen der Zute-spinnerei und -weberei: hinein in den Deutschen Textilarbeiter-Verband. Bereiniget seid ihr nichts, vereinigt aber alles.

Literatur.

Eine Millionenstadt unter sozialistischer Leitung. Die alte Donaustadt Wien hat seit dem Umsturz 1918 eine sozialdemokratische Mehrheit. Wenn auch der Kapitalismus nicht von den Reichshäusern aus beseitigt werden kann, so sind Stadterneuerungen doch in der Lage, ein wichtiges Stück sozialistischer Arbeit zu leisten. Eine sozialdemokratische Mehrheit im Stadtrat kann auch schon in der kapitalistischen Gesellschaft zeigen, welche schöpferische Kraft dem Sozialismus innewohnt. Schulbeispiel dafür ist Wien. Von allen, die noch im besten Sinne, zuerst als „sozialistische Hochburg“ verstanden, deren Vermögen die Stadt aufgrund rächen, wird Wien heute von Stadterneuerungen aus allen Ländern besucht, die aus der sozialdemokratischen Stadterneuerung lernen wollen.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 5. Sept., ist der Beitrag für die 36. Woche fällig

Adressenänderungen: Duisburg, K: Gustav Linke, Gau Cassel, Röhrda. V ist auf streichen. Alle Sendungen bis Gau Augsburg, Moosburg auf weiteres an den K Hartmann. ist mit München verschmolzen.

TEXTIL-LITERATUR.

Hoffenroth, Dr. Valentin. Die Kunstseide. Leipzig 1926. Mit 97 Ab-bildungen, 3 Tafeln, 500 Seiten u. Reglier. Ganzleinen 25,— Mr. Lehne, Prof. Dr. Wolf. Färberei und Zeugdruck. Vorkursen zur Anwendung der in Färberei und Zeugdruck gebräuchlichen Farb-stoffe und Hilfsstoffe. 203 Seiten Text mit 27 Abbildungen und 8 Tafeln mit 64 Farbe- und Druckmustern. Ganzleinen 15,— Mr. Heyne, Johannes. Die Wollkunde. Ein Lehrbuch für Wollfachleute, Textilhochschüler und Schafzüchter. 142 Seiten Text mit 65 Ab-bildungen. Ganzleinen 5 Mr.

Handbuch der Weberei (und Spinnerei)

zum Gebrauche an Webeschulen und für Praktiker von Nicolas Keffler und Joseph Spennartz. Zweite, verbesserte und vermehrte Auflage, bearbeitet von Nicolas Keffler.

Erster Band: I. Teil: Die Rohstoffe und ihre Vorbereitung. Mit 139 Abbildungen und 10 Tafeln mit farbigen Stoffproben.

II. Teil: Die Verarbeitung der Rohstoffe zu Gespinnsten resp. das Spinnen der Garne. Mit 598 Abbildungen und 1 Tafel. I./II. Teil. Gebunden 100,— Mr.

Zweiter Band: Die Kompositionslehre. Mit 2491 Abbildungen. Gebunden 60,— Mr.

Dritter Band: Die Kunstweberei. Bearbeitet von Nicolas Keffler und Jacob Reintgen. Mit vielen in den Text gedruckten Holzschritten und farbigen Mustertafeln. Gebunden 120 Mr.

Band I/II werden nicht einzeln abgegeben.

Gräbner, Prof. Ernst. Die Weberei. Ganzleinen 9,85 Mr. Cels, Dr.-Ing. B. Der Webstuhl. Ein Buch für Weber, Werkmeister, Betriebsleiter und namentlich solche, die es werden wollen. Halbleinen 4,80 Mr.

Zusätzliche Prospekte stehen auf Wunsch zur Verfügung. Zu beziehen durch:

Textil-Praxis, Verlagsgesellschaft m. b. H., Abt. Buchhandlung Berlin D 34, Memeler Straße 8/9.

Verlag: Carl Gutsch in Berlin, Memeler Str. 8/9. — Verantwortlicher Redakteur: Hugo Preuß in Berlin. — Druck: W. G. Gutsch in Berlin. — Druck- und Verlagsanstalt Carl Gutsch & Co. in Berlin.